



Medienmitteilung

Datum 31.10.2017, 11.00 Uhr

Lohngleichheit: Starkes Engagement von Bund, Kantonen und Städten

Rund 140 Regierungsmitglieder und Fachpersonen diskutieren heute am dritten nationalen Treffen zur Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor, wie das Engagement gegen Lohndiskriminierung verstärkt werden kann. Bundesrat Alain Berset hat dabei die Regierungsvertreter von Kantonen und Gemeinden dazu aufgerufen, der Charta „Lohngleichheit im öffentlichen Sektor“ beizutreten. Diese hebt den Vorbildcharakter der öffentlichen Hand hervor. 12 Kantone und 24 Städte sowie der Bund haben sie bisher unterzeichnet. Diese repräsentieren gut zwei Drittel der Bevölkerung der Schweiz.

Im öffentlichen Sektor verdienen Frauen im Schnitt 16.6% weniger als Männer. Davon können 58% durch objektive Faktoren wie berufliche Stellung, Dienstjahre oder Ausbildungsniveau erklärt werden. Es verbleibt jedoch ein unerklärter Lohnunterschied von 42% zuungunsten der Frauen, was einer monatlichen Einbusse von 608 Franken entspricht. Das zeigen die neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik BFS (Lohnstrukturerhebung 2014).

Um diese Ungleichheit aktiv zu bekämpfen, hat der Bundesrat 2016 zusammen mit kantonalen und kommunalen Regierungen die Charta «Lohngleichheit im öffentlichen Sektor» lanciert. Die unterzeichnenden Behörden bekräftigen, die Lohngleichheit in ihrem Einflussbereich umzusetzen. Konkret soll die Lohngleichheit regelmässig überprüft werden, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei Unternehmen, die von der öffentlichen Hand Aufträge oder Subventionen erhalten. Im öffentlichen Beschaffungswesen der Schweiz werden jährlich Aufträge im Wert von 41 Milliarden Franken vergeben. Aktuell gehören 12 Kantone und die grössten Schweizer Städte zu den Unterstützern der Charta.

Lohndiskriminierung sei nicht nur unfair für die betroffenen Frauen, sagte Bundesrat Alain Berset in seiner Eröffnungsrede zum dritten nationalen Treffen in Bern. Sie habe Konsequenzen für die ganze Gesellschaft. Sie führe zu einem geringeren Einkommen für Familien, zu einem unfairen Wettbewerb zwischen Unternehmen und

gefährde langfristig den sozialen Frieden. An der Lohngleichheit zeige sich, wie ernst es der Gesellschaft sei mit der Fairness.

Vertreterinnen und Vertreter von kantonalen und kommunalen Behörden sowie von staatsnahen Betrieben stellen an der Konferenz ihre Erfahrung mit der Durchführung von Lohngleichheitsanalysen und der Einführung von Kontrollmechanismen im Beschaffungs- und Subventionswesen vor. Die rund 140 Teilnehmenden erhalten zudem praktische Informationen zu den etablierten Selbsttest-Instrumenten des Bundes. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG unterstützt das gemeinsame Engagement und stellt Informationen und Instrumente rund um das Thema Lohngleichheit auf einer Online-Plattform zur Verfügung. (www.plattform-lohngleichheit.ch).

Adresse für Rückfragen:

Sabine Baumgartner
Beauftragte Öffentlichkeitsarbeit EBG
Tel.: +41 78 819 82 55
E-Mail: sabine.baumgartner@ebg.admin.ch

Anlagen

Charta „Lohngleichheit im öffentlichen Sektor“
Liste der Unterzeichnenden